

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 62. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. März 2014, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Barrierefreien Haushalt im offenen Format veröffentlichen	5
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/383	
Interfraktioneller Änderungsantrag Umdruck 18/2501 (neu)	
2. Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1549	
Strukturelles Defizit abbauen, für Altschuldenfonds werben	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1614	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein	8
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1557	
4. Information/Kenntnisnahme	9
Umdrucke 18/2285, 18/2335 und 18/2473 - Förderung Landesfeuerwehrverband Umdruck 18/2332 - Förderung parteinaher Stiftungen Umdruck 18/2333 - Verwaltungsvereinbarung GSL.net Umdruck 18/2334 - Jahresabschluss 2013 Umdruck 18/2336 - Stellenplan Staatskanzlei Umdruck 18/2404 - Halt der Marschbahn in Glückstadt Umdruck 18/2406 - Förderung von Innovationsassistenten Umdruck 18/2412 - Förderung der Weiterbildung Umdruck 18/2414 - Justizportal Umdruck 18/2415 - Betriebsmittelkredit UKSH Umdruck 18/2416 - Neuausrichtung der EU-Förderprogramme Umdruck 18/2432 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft	

- 5. Verschiedenes** 10
- 6. Bericht der Landesregierung über die finanzpolitischen Konsequenzen im Zuge der Ankündigung des Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank** 11

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/2476](#)

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Barrierefreien Haushalt im offenen Format veröffentlichen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/383](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012)

Interfraktioneller Änderungsantrag

[Umdruck 18/2501](#) (neu)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/383](#) in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrags [Umdruck 18/2501](#) (neu) anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1549](#)

Strukturelles Defizit abbauen, für Altschuldenfonds werben

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1614](#)

(überwiesen am 20. Februar 2014)

Abg. Winter spricht sich dafür aus, die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, die ihre Arbeit möglichst früh aufnehmen sollte, abzuwarten und dann einen Zeit- und Maßnahmenplan zur Altschuldentilgung zu erarbeiten.

Abg. Koch plädiert hingegen dafür, als Land bereits jetzt ein grundsätzliches Bekenntnis abzugeben, die Altschulden abzubauen, und einen Plan B in der Schublade zu haben (Tilgungsplan), um sich auf die Entwicklung auf Bundesebene einstellen zu können. Denn man müsse damit rechnen, dass ein Altschuldentilgungsfonds keine Mehrheit finden werde.

Abg. Dr. Garg unterstützt die Intention, das politische Ziel, die Altschulden zu tilgen, festzuschreiben. Allerdings sei er skeptisch gegenüber einer „Zementierung des Schuldenabbaus in Form einer Excel-Tabelle“ und einer Einsetzung der von der CDU vorgeschlagenen interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Abg. Andresen appelliert, „ein bisschen das Tempo aus der Debatte herauszunehmen“ und die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Statt eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzusetzen, sollte das Parlament die Landesregierung nachdrücklich in ihrer Forderung unterstützen, einen Altschuldentilgungsfonds zu schaffen.

Abg. Koch wehrt sich dagegen, „das Thema auf die lange Bank zu schieben“. Es gehe darum, sich – wie bei der damaligen Diskussion über die Einführung der Schuldenbremse – auf das

Ziel, die Altschulden zu tilgen, zu verständigen und zu definieren, wann und in welchen Schritten das geschehen solle.

Finanzministerin Heinold äußert sich erfreut über die Wirkung der 2010 beschlossenen Schuldenbremse und die Entwicklung des Haushalts, die in erster Linie konjunkturell bedingt sei. Feste, verbindliche Tilgungsraten sollten vor 2020 allerdings nicht festgelegt werden, um den haushaltspolitischen Spielraum nicht unnötig einzuengen, insbesondere vor dem Hintergrund von konjunkturellen Unsicherheiten und steigenden Zins- und Pensionslasten, die sich auf insgesamt 2,5 Milliarden €summierten und bei der Bemessung der Höhe der Schuldentilgung berücksichtigt werden müssten. Die Aufstellung eines Tilgungsplans ab 2020 sei richtig; über die genaue Größenordnung könne man sich sinnvollerweise erst dann unterhalten, wenn die Entwicklung auf Bundesebene bekannt sei.

Abg. Harms hebt die Bedeutung eines Altschuldentilgungsfonds hervor, der aus Solidarpaktmitteln gespeist werden solle, und spricht sich für eine interfraktionelle Verständigung aus.

Der Finanzausschuss beabsichtigt, die Beratungen in der nächsten Sitzung, am 3. April 2014, fortzusetzen und möglichst zu einer interfraktionellen Verständigung zu kommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1557](#)

(überwiesen am 21. Februar 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Der Ausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und bittet darum, den Gesetzentwurf zur April-Tagung des Landtags anzumelden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdrucke 18/2285, 18/2335, 18/2473](#) - Förderung Landesfeuerwehrverband

[Umdruck 18/2332](#) - Förderung parteinaher Stiftungen

[Umdruck 18/2333](#) - Verwaltungsvereinbarung GSL.net

[Umdruck 18/2334](#) - Jahresabschluss 2013

[Umdruck 18/2336](#) - Stellenplan Staatskanzlei

[Umdruck 18/2404](#) - Halt der Marschbahn in Glückstadt

[Umdruck 18/2406](#) - Förderung von Innovationsassistenten

[Umdruck 18/2412](#) - Förderung der Weiterbildung

[Umdruck 18/2414](#) - Justizportal

[Umdruck 18/2415](#) - Betriebsmittelkredit UKSH

[Umdruck 18/2416](#) - Neuausrichtung der EU-Förderprogramme

[Umdruck 18/2432](#) - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft

Die [Umdrucke 18/2285, 18/2335](#) und 18/2473 – Förderung des Landesfeuerwehrverbands -, 18/2406 - Förderung der Innovationsassistenten – und 18/2412 – Förderung der Weiterbildung – sollen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am 3. April 2014, gesetzt werden.

[Umdruck 18/2415](#) – Betriebsmittelkredit UKSH – überweist der Finanzausschuss zur weiteren Beratung an die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung. – Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs fragt, inwieweit aus den Krediten des UKSH Investitionen finanziert worden seien, in welcher Höhe die Betriebsmittelkredite bankenfinanziert seien und ob der Finanzausschuss regelmäßig und ausreichend informiert worden sei. – Finanzministerin Heinold bekräftigt die gemeinsame Zielsetzung, den Umfang der Betriebsmittelkredite des UKSH zurückzuführen und den Anspruch des Parlaments auf Transparenz zu wahren.

Die übrigen Umdrucke nimmt der Finanzausschuss zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende weist auf die Veranstaltung des Finanzministeriums zum Thema **Trendsteuer** am 13. März 2014 hin.
- b) Der Vorsitzende berichtet vom Treffen zum Thema **STRING-Kooperation**. Er bittet die Verwaltung darum, bei zukünftigen Veranstaltungen den Teilnehmerkreis stärker an den Themen auszurichten.
- c) Der Finanzausschuss hat keine Bedenken dagegen, dass Ausschusssitzungen in Zukunft zeitgleich im Internet mitgehört werden können (**Audio-Live-Stream**).

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die finanzpolitischen Konsequenzen im Zuge der Ankündigung des Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/2476](#)

Abg. Dr. Garg kritisiert die öffentliche Einlassung des Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank vom 27. Februar 2014, dass die Bank von 2019 an mehr als die bisher angekündigten 1,3 Milliarden € aus den Landesgarantien geltend machen werde. Weder dürften Abgeordnete aus vertraulichen Sitzungen berichten, noch lägen die endgültigen Zahlen zur Geschäftsentwicklung der Bank vor.

Finanzministerin Heinold räumt ein, dass sie von der öffentlichen Äußerung des Aufsichtsratsvorsitzenden vor der Aufsichtsratssitzung und der Pressekonferenz am 9. April 2014 nicht begeistert gewesen sei. Sie werde Herrn Mirow bei nächster Gelegenheit darauf ansprechen. Mit den genauen Zahlen werde sich der Beteiligungsausschuss – wie vereinbart – am Plenarfreitag, dem 11. April 2014, befassen.

Abg. Koch möchte dann auch die Frage beantwortet haben, inwieweit sich der Wert der HSH Nordbank vermindere und „die Rechnung für das Land nicht mehr plus minus null aufgeht“.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer